Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (1987)

Heft: 4: Aufbruch

Artikel: Energiepolitik von unten oder : wie die SES entstand

Autor: Ginsburg, Theo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-586744

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

«Anders als ältere Bewegungen richten die neuen Bewegungen ihre Kritik nicht gegen die ungleiche Verteilung der Güter der Wachstumsgesellschaft, sondern gegen deren Voraussetzungen und Zielsetzungen», HEISST ES IN DER EINFÜHRUNG ZUR REFERATSSAMMLUNG «Neue soziale Bewegungen – und ihre gesellschaftlichen Wirkungen», DIE AUF EINER INTERDISZIPLINÄREN VORTRAGSREIHE AN ETH UND UNI ZÜRICH IM WINTERSEMESTER 1986/87 BASIERT UND NUN GEDRUCKT VORLIEGT. «Während Wissenschaft und Öffentlichkeit darüber zerstritten sind, ob die neuen sozialen Bewegungen ein Teil der Lösung oder ein Teil des Problems sind, haben sich die Bewegungen selber daran gemacht, die Bedingungen zu verändern, unter denen sie entstanden sind.» THEO GINSBURG BERICHTETE, AUS SEINER SICHT, ÜBER DIE AKW-BEWEGUNG.

5000 MITGLIEDER entsprechen 100000 FRANKEN siehe Seite 23

Die moderne Eidgenossenschaft hat sich 1848 eine sehr fortschrittliche, der technischen und sozialen Entwicklung angepasste Verfassung gegeben und diese einige Jahrzehnte später einer Gesamtrevision unterzogen, um sie den sozialen Entwicklungen jener Zeit anzupassen. Dieser Wandel hat sich allerdings im letzten Jahrhundert ständig beschleunigt; er hat aus dem landwirtschaftlich-gewerblich orientierten Kleinstaat ein auf Technik, Banken und Export beruhendes Staatswesen entstehen lassen, das aber diesen schnellen Veränderungen der sozialen und technischen Umwelt kaum mehr folgen kann.
Im letzten Weltkrieg noch weitgehend auf sich selbst gestellt, ist die Schweiz in den vergangenen Jahrzehnten zu einer Finanzgrossmacht aufgestiegen, zum reichsten Land der Welt geworden. Verkehr, Energiekonsum, das Gesundheits- und Erziehungswesen – alles entwickelt sich mit zunehmender Geschwindigkeit, stösst an Grenzen, und unsere Verfassung aus dem 19. Jahrhundert, programmiert auf eine langsamere Gangart, mag kaum mehr folgen.
Die direkte Demokratie kennt bei uns die Gesetzesinitiative nicht; wenn das Volk erkennt, dass Veränderungen nötig sind, muss mit grossem Aufwand die Verfassung geändert werden. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass unsere Dynamik nicht mehr dazu ausreicht, eine umfassende, den modernen Verhältnissen angepasste Verfassung neu zu schaffen.

Bürgerinitiativen und soziale Bewegungen

So ist es nur natürlich, dass sich in der Nachkriegszeit neue soziale Bewegungen von unten her bemerkbar machten und machen. Bürgerinitiativen bildeten sich, um zunächst in kleinerem Umkreis wirksam zu werden; Quartier- und Dorfpolitik wurde durch diese Bewegung beeinflusst, mit illegalen Besetzungen konnten die Bürger auf Missstände aufmerksam gemacht werden.
Der starren Bürokratie des Staates standen plötzlich dynamische, aktive Gruppierungen gegenüber, die sich in den grossen, sich weltweit ausbreitenden Bewegungen formierten – denken wir nur an die Frauenbewegung, die Jugendbewegung, die Friedensbewegung. Die Jugendunruhen von 1968 und 1980 haben gezeigt, welche Energien bei den latent vorhandenen sozialen Spannungen in Bewegungen von unten freigesetzt werden können.
Der Zusammenschluss solcher Gruppen führte oftmals zur Bildung neuer Organisationen, die neben den althergebrachten Verbänden wie dem WWF, dem Verein für Volksgesundheit oder dem Bund für Naturschutz in die Politik eines speziellen Sektors eingegriffen. Ich will im folgenden die Vorgeschichte der Schweizerischen Energie-Stiftung (SES) und die Entwicklung im ersten Jahrzehnt ihres Bestehens kurz schildern, weil sie fast beispielhaften Charakter aufweist für die Entstehungsgeschichte solcher Organisationen.

Von der Euphorie zum Widerstand

Als die Amerikaner nach dem Krieg die «Atoms for Peace»-Bewegung starteten und in der ersten Atomausstellung im Jahre 1955 in Genf erstmals einen Reaktor öffentlich anboten (den die Schweiz sofort für ihr neues Atomforschungszentrum, das spätere Eidgenössische Institut für Reaktorforschung EIR, kaufte), war die Euphorie in Wirtschaftskreisen und auch im Volk gross, denn für die Zukunft schienen nun alle Energieprobleme gelöst. Der Bund arbeitete mit der Wirtschaft und den Hochschulen zusammen die Pläne für eine nukleare Energieversorgung aus. In Lucens wurde sogar ein eigener Forschungsreaktor gebaut, der allerdings bereits wenige Stunden nach seiner Inbetriebnahme wegen eines Unfalls stillgelegt werden musste. Zehn Jahre dauerten die Abklärungen dieses «Störfalles» – wie ein Totalschaden im Energiewirtschafts-Deutsch so liebevoll umschrieben wird –, dann wurden die Akten über diesen eher unrühmlichen Teil unserer Atomgeschichte geschlossen.
Dazu eine Reminiszenz aus meiner eigenen Vergangenheit: Ich habe im Jahre 1964 eine wissenschaftliche Studie mit dem Titel «Die friedliche Nutzung von nuklearen Explosionen» im Thiemig-Verlag publiziert, worin die Resultate des damaligen amerikanischen PLOWSHARE-Projektes dargestellt wurden. Die Pläne reichten vom Bau eines Hafens in Alaska über die Erstellung eines zweiten Panama-Kanals durch Oberflächenexplosionen von Wasserstoffbomben bis zu unterirdischen Kernexplosionen zur Energiegewinnung oder der Erzeugung hoher Neutronenstrom-Dichten für kernphysikalische Experimente. Die Strahlungsgefahren wurden in den amerikanischen Berichten ganz allgemein verharmlost – und auch ich übernahm kritiklos diese Annahmen. Erst viel später, Ende der sechziger Jahre, wurde mir die schreckliche Wahrheit klar – und seither bin ich vom Saulus zum Paulus geworden: Ich verschrieb mich dem Kampf gegen die Atomkraft, dieser sowohl in der Form der Bombe, wie auch ihres siamesischen Zwillings, dem Atomkraftwerk. Die drei ersten 300-Megawatt-Atomkraftwerke in Beznau und Mühleberg wurden in den sechziger Jahren praktisch ohne Widerstand der Bevölkerung gebaut. Eine erste kritische Stimme meldete sich zwar schon 1966 von der «Gesellschaft gegen die Vivisektion» (man beachte die Symbolik!) und bezog Stellung gegen das geplante AKW in Kaiseraugst – aber es war die Stimme einer verschwindenden Minderheit, die niemand ernst nahm.
Im Jahre 1972 jedoch lehnten die Bewohner von Kaiseraugst in einer demokratisch durchgeführten Abstimmung nach einem heftigen Abstimmungskampf ein Projekt zum Bau eines AKWs in ihrer Gemeinde mit 279 gegen 88 Stimmen ab. Sie wurden daraufhin aber vom Bundesrat gezwungen, die Baubewilligung trotzdem zu erteilen. Es war dies die Zeit, als Bundesrat Bonvin die volle Verantwortung für den Einsatz der Atomenergie auf sich nahm. Die ersten Demonstrationen haben damals begonnen. Eine Petition mit 16000 Unterschriften, welche sich gegen den Bau von Kaiseraugst richtete, wurde dem Bundesrat überreicht – keine Reaktion. Darauf organisierten sich Ende 1973 die GAK (Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst) und später auch die GAGAK zu einem praktisch aussichtslos scheinenden Kampf gegen das AKW-Projekt. Der Erfolg der dabei entwickelten demokratischen Kräfte kann heute noch bestaunt werden: Kaiseraugst ist nicht gebaut worden, und es wird meiner Ansicht nach auch nie gebaut werden.

Die Grenzen des Wachstums

Eine eigentliche schweizerische Energiepolitik aber beginnt eigentlich erst mit der Ölkrise im Oktober 1973. Bis dahin hatte sich die Arbeit des Energiewirtschaftsdepartements darauf beschränkt, die exponentielle Entwicklung des Energiekonsums mit einfachsten Extrapolationsformeln weiterzuführen. Hatte sich der jährliche Energieverbrauch zwischen 1950 und 1973 von 40000 Terakalorien auf 160000 Tcal vervierfacht, war für die nächsten Jahrzehnte eine weitere Steigerung um das Dreifache auf 500000 Tcal vorgesehen. Niemand machte sich Gedanken darüber, wofür denn eigentlich diese Zusatzenergie eingesetzt werden

ENERGIEPOLITIK VON UNTEN ODER

sollte. Aber diese Wachstumseuphorie passte genau zum prognostizierten Bevölkerungsanstieg der Schweiz auf 10 Millionen Einwohner im Jahr 2000.
Eine Streitschrift aus den USA – «Die Grenzen des Wachstums» – hatte zwar schon 1972 Ahnungen aufkommen lassen, dass es mit der Hochkonjunktur nicht ewig so weitergehen könne. Die Katastrophenprognosen für die Mitte des nächsten Jahrhunderts fanden den Weg in alle Zeitungen; jeder kannte damals die Computergraphiken mit dem steilen Abfall der Kurven (der allerdings für Wirtschaft und Bevölkerung erst für das Jahr 2050 prognostiziert wurde). Bis unsere Ämter und der Bundesrat aber aufhorchten, brauchte es den grossen Paukenschlag der OPEC-Staaten von 1973, der sogenannte «Ölschock».
Bereits 1972 hatte jedoch eine Gruppe besorgter Wissenschafter beim Schweizerischen Nationalfonds das Forschungsprojekt NAWU (Neue Analysen für Wirtschaft und Umwelt) eingereicht, welches die Möglichkeiten untersuchen sollte, wie in einem kleinen Industriestaat wie der Schweiz das wirtschaftliche Wachstum mit einem Minimum an Krisen in eine stabile Kreislaufwirtschaft umgeformt werden könnte. Unter der Leitung von Professor H.C. Binswanger von der Hochschule St. Gallen und dem Energiefachmann Samuel Mauch, der in den USA an der Wachstumsstudie mit beteiligt gewesen war, begannen etwa zehn Wissenschafter aller Fakultäten ihre Forschungsarbeit zunächst auf dem Sektor der Energieversorgung. An dem vierjährigen Forschungsprojekt, das später auch gesellschaftliche und politische Fragestellungen miteinbezog, waren zeitweise bis zu zwanzig Forscher beteiligt.

Die Schweiz entdeckt das Energieproblem

Auch unsere Hochschule wurden auf die Problematik aufmerksam. Im November 1973 führte die ETH Zürich ein viertägiges Symposium zum Thema «Technik für oder gegen den Menschen» durch. Im Vorfeld dieser Veranstaltung kam es bei der Organisation des «Energie-Tages» zu sehr emotionalen Einwendungen der Atomwirtschaft und des Eidgenössischen Amtes für Energiewirtschaft, welche sich einer kontradiktorischen Auseinandersetzung über die Atomenergie wegen meiner Beteiligung widersetzten. Der damalige Bundespräsident Tschudi wurde schliesslich wegen dieser Lappalie belästigt und musste eingreifen.
Das ETH-Symposium fiel zufällig zeitlich zusammen mit dem Ölschock. Michael Kohn, Verwaltungsratspräsident der mit der Atomenergie verbundenen Motor-Columbus, prognostizierte am Symposium: «Daraus ergibt sich, dass die Elektrizitätswirtschaft, auch unter der vorsichtigen Annahme eines gedämpften Wachstums, bis zum Jahre 2000 auf mindestens zehn neue Kernkraftwerke zählen können muss, damit sie ihren Anteil [an der gesamten Energieproduktion] auch nur halten kann.» Am gleichen Symposium durfte ich meinen Vortrag nicht unter dem Titel «Atomenergie» ankündigen. Meine Gedanken zur zukünftigen Entwicklung unserer Energiepolitik äusserte ich unter dem Titel «Langfristige Aspekte des Energiewachstums»: «Der einzig sinnvolle Weg, um vom Erdöl unabhängiger zu werden, kann nur darin bestehen, unsere Bedürfnisse nicht ständig anwachsen zu lassen, sondern auf eine Stabilisierung hinzuwirken und gleichzeitig alternative Techniken und Energien zu entwickeln, welche unsere Umwelt möglichst geringfügig beeinträchtigen.»
Zwischen diesen beiden Polen hat sich unsere Energiepolitik in den letzten 13 Jahren durchgewunden, Behörden und Wirtschaft meist auf der einen Seite, die Bürger sehr häufig auf der anderen.
Zurückblickend kann man vielleicht sagen: Wir haben oftmals (geistige) Prügel bekommen in unsern Auseinandersetzungen; die Bürgerbewegungen haben auch alle (relevanten) Abstimmungen verloren, aber die Geschichte und die politische Realität waren stärker als die Wachstumsfetischisten; Weltweit stehen wir heute praktisch vor einem AKW-Moratorium. Seit 1979 (Harrisburg) ist in den USA kein Atomkraftwerk mehr in Auftrag gegeben worden, viele Aufträge wurden storniert. Und die Umweltkrise zeigt uns heute klar und deutlich, dass wir lernen müssen, Mass zu halten. Erneuerbare Energien sind keine Themen mehr für den Nebelspalter; sie werden in den Laboratorien unserer Industrie nutzbar gemacht.

Gesamtenergie-Kommission und Energie-Stiftung

Bereits 1974 hat der Bundesrat erste Konsequenzen aus der neuen Lage gezogen: Eine Gesamtenergie-Kommission (GEK), bestehend aus neun Mitgliedern vorwiegend aus der Energiewirtschaft, wurde ernannt. Die Proteste wegen der einseitigen Zusammensetzung folgten auf dem Fusse. Mit einem bescheidenen Entgegenkommen – der Erweiterung der Kommission um zwei Personen – versuchte der Bundesrat die Umweltorganisationen zur Mitarbeit zu bewegen. Dies gelang jedoch nur bedingt: Die Arbeitsgruppe des oben genannten Forschungsprogramms NAWU des Nationalsfonds beispielsweise hielt an ihren Bedenken fest. Sie vertrat die Ansicht, die der WWF bereits 1973 in einem Sonderheft zum Thema Energie formuliert hatte: «Wir brauchen eine Gesamtenergie-Konzeption nicht nur von der Produktion her, sondern vor allem um Energieverschwendung zu vermeiden und Umweltbelastungen zu reduzieren. Ohne gleichzeitige allgemeine Stabilisierungsmassnahmen, insbesondere für nichterneuerbare Ressourcen, ist ein solches Konzept wertlos.» (Wie modern diese Feststellung noch heute anmutet!)
Mitte 1975 trat der GEK-Präsident Michael Kohn an uns von der NAWU-Arbeitsgruppe heran und offerierte Franken 50000.– für die Ausarbeitung einer Stabilisierungsvariante; weitere Franken 20000.– würden später zur graphischen Ausgestaltung folgen. Die Frage stellte sich, ob mit diesem Angebot die Opposition nicht schlichtwegs «gekauft» werden sollte. Aber schliesslich akzeptierten wir den Vorschlag unter der ausdrücklichen Bedingung, dass wir auch nach Berichtsabgabe der GEK keine Loyalität schuldeten. Innert fünf Monaten wurden die bestellten Stabilisierungsvarianten erarbeitet und im November 1975 abgeliefert. Dann geschah lange Zeit nichts; wir waren überzeugt, dass die Konzepte schubladisiert worden waren.
Um diese Varianten trotzdem in die Öffentlichkeit und die Politik zu bringen, wurde im September 1976 die Schweizerische Energie-Stiftung (SES) gegründet, mit Stiftungsräten aus allen Parteien und verschiedenen Gruppen. Die erste Arbeit war eine harte Kritik am ersten Zwischenbericht der GEK (Ende 1976), die zweite eine Studie zum Thema «Energie und Arbeitsplätze». Der kämpferische Nationalrat Franz Jaeger war erster Präsident; er verfocht unsere Anliegen im Parlament.
Erst im Frühjahr 1977 liess die GEK wieder etwas von sich hören. Sie liess von etwa sechs hochkotierten Fachleuten aus der Energiewirtschaft einen Gegenbericht gegen unsere Varianten ausarbeiten; unsere Studie (Heft 11a der GEK-Schriftenreihe) wurde nur gemeinsam mit Heft 11b ausgeliefert, welches die Kritik an unseren Ideen enthält. Ein einziges Mal konnten Vertreter unserer Arbeitsgruppe vor der Kommission mit unseren Kritikern diskutieren (die während 16

– WIE DIE SES ENTSTAND

Monaten kein einziges Mal die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit uns gesucht hatten), aber es kam nur zu einem Abtausch von Schlagworten.
Ein Jahr später arbeitete die gleiche Arbeitsgruppe im Auftrag von vier Umweltorganisationen eine ausführliche Stabilisierungsvariante unter dem Titel «Jenseits der Sachzwänge»1 aus. Sie wurde auch dem Bundesrat zugestellt – natürlich ohne Erfolg. Unsere Ideen kamen verzerrt im Schlussbericht der Gesamtenergie-Kommission Ende 1978 zur Darstellung – als Extremvariante, welche nur mit planwirtschaftlichen Methoden durchgeführt werden könne. Ende!

Volksbewegung und Energie-Initiativen

Die Anti-Atom-Bewegung kristallisierte sich 1975 im Raume Basel: Der Kampf galt der Verhinderung des Atomkraftwerks Kaiseraugst. Am 17. März 1975 haben die AKW-Projektanten mit dem ersten Aushub auf dem Baugelände begonnen. Aber schon am 1. April erschienen ein paar Dutzend Bürger auf dem Bauplatz und begannen sich hier häuslich niederzulassen. Der entscheidende Durchbruch zu einer Volksbewegung – die sie auch heute noch ist – gelang am 6. April 1975, als 16000 Menschen auf das Gelände strömten und sich mit den Besetzern solidarisierten. Die Anti-AKW-Bewegung verbreitete sich über die ganze Schweiz, und der Bundesrat sah sich gezwungen, mit einer Delegation der Besetzer zu verhandeln.
Schon 1972 lag eine Initiative für einen neuen Verfassungsartikel einer ganz inoffiziellen Arbeitsgruppe vor, welche eine Stabilisierung des Energiekonsums zum Ziele hatte. Aber ernst wurde es erst mit der Volksbewegung: Gemeinsam mit der SES erzwang die Bewegung 1979 eine erste Atominitiative, die mit 49 Prozent ganz knapp abgelehnt wurde. Eine Untersuchung der Universität Bern weist nach, dass 14 Prozent der potentiellen AKW-Gegner wegen der Fragestellung («Atomenergie – nein» lautete der jahrelang propagierte Slogan) die Initiative irrtümlicherweise abgelehnt hatten.
Die Volksstimmung war eindeutig gegen eine Weiterführung des AKW-Programms – und sie wäre ganz deutlich zum Ausdruck gekommen, wenn die Abstimmung drei Monate später stattgefunden hätte: Der schwere Reaktorunfall in Harrisburg (USA) führte der Bevölkerung die Gefährlichkeit dieser Energie deutlich vor Augen.
Der Abwehrkampf in der Schweiz ging weiter. In zwei Atominitiativen wurden einerseits ein AKW-Verbot und andererseits eine neue Energiekonzeption gefordert. Beide Verfassungsinitiativen wurden im wesentlichen von der SES und verschiedenen Bürgerorganisationen getragen, konnten bei der Abstimmung im September 1984 aber nur 45 Prozent Ja-Stimmen für sich buchen. Auch hier wäre mit Sicherheit später – nach der Katastrophe von Tschernobyl – ein ganz anderer Ausgang zu erwarten gewesen.
Bei all diesen politischen Auseinandersetzungen hatten die AKW-Gegner kaum Unterstützung von den grossen Parteien, die Bürgerlichen waren kompakt gegen die Initiativen eingestellt. Heute ist diese Position eindeutig verändert. Nach Tschernobyl und Schweizerhalle ist das ganze Volk verunsichert, und die SPS selbst hat zusammen mit andern Parteien und den Umweltorganisationen eine neue Initiative für den «Ausstieg aus der Atomenergie» lanciert, für die jetzt Unterschriften gesammelt werden.2 Die Initiative wird wohl etwa zur gleichen Zeit wie die «Moratoriums-Initiative», nämlich 1991, zur Abstimmung gelangen.
Überall in der Welt laufen ähnliche Bestrebungen. In vielen Ländern macht sich mehr und mehr die Erkenntnis breit, dass die Atomenergie in den nächsten Jahrzehnten höchstens die Rolle einer Übergangslösung spielen kann. Die Wachstumsfetischisten verweisen jetzt auf den Schnellen Brüter – dessen gegenwärtig einziger Prototyp in Frankreich läuft3 oder auf die Fusionsenergie, die bisher nicht einmal im Labor gezähmt worden ist. Die Aufgabe der Bürgerinitiativen ist noch lange nicht beendet: die Regierungen und Manager haben noch viel zu lernen.

Erfahrungen

Wir Warner sind keine gerngesehenen Bürger. Immer sind wir in den vergangenen 15 Jahren mit unseren Ideen auf Widerstand und Gelächter gestossen. Man hat uns (sogenannte) Utopisten nie für voll genommen. Wir sind mit all unseren Verfassungsinitiativen immer wieder gescheitert, wenn manchmal auch nur ganz knapp. Wir erhalten keine Forschungsgelder, und unsere Stimme ist in den Vernehmlassungsverfahren kaum gefragt. Bundeseigene Energie-Experten gehören fast ausnahmslos zur Seite der Befürworter der Grosstechnologie, während die kritischen Fachleute als «selbsternannte Experten» diskreditiert werden.
Und trotzdem: Wenn wir heute Bilanz ziehen über die Zeit seit dem grossen ETHZ-Symposium von 1973, dürfen wir erkennen, dass viele der von uns angeregten Ideen heute zum selbstverständlichen Wissen gehören. Schon in der ersten Stabilisierungsvariante wurde auf die Bedeutung der erneuerbaren Energien und der effizienten Nutzung aller Energieträger hingewiesen und vor dem Dogma des ewigen Wirtschaftswachstums gewarnt. Die Zeit und die Erfahrungen der Menschheit mit der Grosstechnologie kommen diesem Ziel entgegen.
Die Schaffung einer menschen- und umweltgerechten Energieversorgung auf globaler Basis wird eines der zentralen Ziele sein, welche Politik und Forschung in den nächsten Jahrzehnten werden anstreben müssen. Auch hier gilt das Motto: «Global denken, lokal handeln». Und es ist von fundamentaler Bedeutung, dass der Weg zu diesem Ziel nicht allein von hochqualifizierten Experten bestimmt wird, sondern dass kreative, weitblickende Bürger und Bürgerinnen, Denker, Ärzte, Human- und Naturwissenschafter, Kunstschaffende und Dichter, Soziologen und Politologen in die Entscheidungsprozesse der Zukunft mit einbezogen werden. Hier müssen aber auch die sozialen Bewegungen ihren Platz finden. Ihre Aufgabe wird es sein, die Lebensqualität in ihrem Lebenskreis zu verteidigen, wo Politiker und Manager nur noch die wirtschaftlichen Aspekte ihren Überlegungen zugrunde legen und derart stark auf die Erhöhung des Bruttosozialprodukts oder des Profits fixiert sind, dass sie den Menschen und die Mitwelt gar nicht mehr sehen. Soziale Bewegungen sind die Hefe im Teig unseres Volkes, welche das Abgleiten in eine rein auf Wohlstand ausgerichtete, voll durchökonomisierte Gesellschaft verhindern helfen können.

1 Eine Zusammenfassung ist bei der SES erhältlich unter dem Titel «Mut zum Handeln. Für eine menschen- und umweltfreundliche Energiepolitik: Ausweg aus der Atomfalle», im Juni 1986 erschienen. Preis: 5 Franken.
2 Die über 108000 Unterschriften der «Initiative für den Ausstieg aus der Atomenergie» sind am 1. Oktober 1987 eingereicht worden.
3 ...und der laut Entscheid von Ende September 1987 «kommerziell nicht mehr weiter verfolgt» werden soll (siehe Seite 2).

5000 MITGLIEDER entsprechen 100000 FRANKEN siehe Seite 23

Zusammen mit 15 weiteren Vorträgen ist dieses Referat im Band 10 des Zürcher Hochschulforums erhältlich. Verlag der Fachvereine, Zürich 1987. Fr. 28.50